

Zeitschrift: Mittex : die Fachzeitschrift für textile Garn- und Flächenherstellung im deutschsprachigen Europa

Herausgeber: Schweizerische Vereinigung von Textilfachleuten

Band: 85 (1978)

Heft: 5

Rubrik: Volkswirtschaft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 09.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Nach der Analyse der Stärken und Schwächen der Unternehmung innerhalb der gegenwärtigen Rahmenbedingungen, wird die Ausrichtung der Angriffsstrategie festgelegt. Dabei hilft uns die Unterscheidung der vier Angriffsstrategien:

1. Die «Marktdurchdringung» ist eine Strategie, durch die der Marktanteil auf den gegenwärtigen Absatzmärkten mit gegenwärtigen Produkten vergrössert werden soll. Es handelt sich nicht um eine Verteidigungsstrategie, die die gegenwärtigen Produkte und Märkte erhalten will. Im Gegenteil, mit Hilfe dieser Strategie wird versucht, entweder die Konkurrenz zu verdrängen, oder den gesamten Markt zu vergrössern.
2. Die «Marktentwicklung» ist eine offensive Strategie, welche neue Bedürfnisse für das gegenwärtige Leistungsangebot der Unternehmung zu wecken versucht.
3. Die «Produktentwicklung» hingegen bezieht sich auf die Innovation des Angebotes. Durch diese Strategie werden neue Erzeugnisse geschaffen, die die bestehenden ersetzen sollen.
4. Die «Diversifikationsstrategie» schliesslich stellt die intensivste Angriffsstrategie dar. Sie zielt auf für das Unternehmen neue Produkte und neue Bedürfnisse bzw. Märkte ab. Da man über bekannte Produkte und Märkte hinausgeht, ist dies eine ziemlich durchgreifende und riskante Strategieform.

Prof. Dr. J. S. Krulis-Randa
Institut für betriebswirtschaftliche Forschung
an der Universität Zürich

handelsstatistik macht allerdings deutlich, dass die an sich erfreulichen Resultate geeignet sind, über eine Reihe von Problemen hinwegzutäuschen. Verfehlt wäre es jedenfalls, von der Zunahme der Exporte auf eine entsprechende Verbesserung der Ertragslage zu schliessen. Als unmittelbare Folge des weiter gestiegenen Frankenkurses und der verstärkten Konkurrenzierung auf dem Inlandmarkt dürften sich bei vielen Firmen im Vergleich zum ebenfalls ertragsschwachen Vorjahr weitere Einbussen ergeben haben. Dank der im Vergleich zum Ausland niedrigeren Inflationsrate konnte zwar im ersten Halbjahr ein gewisser Ausgleich zur massiven Höherbewertung des Frankens gefunden werden, was sich auch auf die Ertragslage positiv auswirkte. Die Hoffnungen auf eine nachhaltige Erholung wurden indessen im Verlaufe des Herbstes infolge der drastischen Aufwertung gegenüber dem Dollar und vor allem der Deutschen Mark schlagartig zunichte gemacht. Im Vergleich zu den Vorteilen, die sich dadurch bei der Beschaffung von Rohstoffen und Halbfabrikaten ergeben, sind die Nachteile jedoch viel grösser.

Abgesehen davon, dass der Verkauf im Ausland stark erschwert wird und je nach Marktlage mehr oder weniger grosse Zugeständnisse notwendig sind, um im Geschäft zu bleiben, haben sich infolge der währungspolitischen Entwicklung auch die Konkurrenzverhältnisse auf dem Inlandmarkt selber grundlegend verändert. Wie die Zunahme der Importe von Erzeugnissen der Maschinen- und Metallindustrie um 2677,7 Mio Franken oder 21,2 % zeigt, sehen sich die schweizerischen Anbieter mit einer immer härteren Importkonkurrenz konfrontiert. Da sich das Investitionsklima 1977 bei weitem nicht in diesem Ausmass belebt hat, resultiert aus der grösseren Einfuhr ein zusätzlicher Preisdruck mit entsprechend negativen Rückwirkungen auf die Ertragslage. Ueberdies verstärkt sich dadurch der Zwang, im Inland erlittene Marktverluste durch vermehrten Export zu kompensieren, was vielfach eine weitgehende Umstellung des Produktionsprogramms erforderlich macht.

Volkswirtschaft

Der Export als Leistungsausweis

Die Maschinen- und Metallindustrie 1977

Hätte sich die Ertragslage nur annähernd so gut entwickelt wie der Export, würde das Jahr 1977 aus der Sicht der schweizerischen Maschinen- und Metallindustrie die besten Noten verdienen. Mit 18,5 Mia Franken — rund 44 % der schweizerischen Gesamtausfuhr — wurde ein neuer Höchstwert erreicht. Das ergibt gegenüber 1976 eine Zunahme der Maschinen- und Metallexporte um 1887 Mio Franken oder 11,4 %; im Vorjahr hatte die Zuwachsrate rund 1,1 Mia Franken oder 6,9 % betragen.

Verschärfter Konkurrenzdruck

Diese Ergebnisse sind ein eindrücklicher Leistungsausweis für einen Industriezweig, der sich unter vielfach äusserst schwierigen Konkurrenzverhältnissen zu behaupten hatte. Eine nähere Analyse der Aussen-

Die Ausfuhr nach Sparten und Regionen

Unter diesen Umständen ist es kaum überraschend, dass sich der Export der einzelnen Sparten der Maschinen- und Metallindustrie sehr unterschiedlich entwickelt hat. Unter den zehn wichtigsten Produktgruppen verzeichnen zwar einzig die Textilmaschinen eine Abnahme; mit über 180 Mio Franken oder 9 % ist diese jedoch noch massiver ausgefallen als 1976, als bereits ein um 67 Mio Franken niedrigerer Export ausgewiesen wurde. Wertmässig überdurchschnittlich stark zugenommen hat hingegen die Ausfuhr von Metallkonstruktionen (+ 36,4 %), Verbrennungskraftmaschinen (+ 31,9 %), graphische Maschinen (+ 25,4 %), ferner von elektrischen Steuer-, Signal- und Messgeräten (+ 19,4 %) und elektrischen Schaltapparaten (+ 17,6 %). Deutlich unter dem Durchschnittswert liegt die Zuwachsrate von 4,1 % bei den Werkzeugmaschinen.

Wie stark sich im Laufe der letzten Jahre und auch 1977 die geographische Verteilung verändert hat, zeigt die Tatsache, dass letztes Jahr nur noch 67,5 % der Exporte gegenüber 71,3 % 1970 in europäische Länder gingen. Die auf neuen Märkten erzielten Erfolge der schweizerischen Maschinen- und Metallindustrie sind zwar eindrücklich; so hat die Ausfuhr allein in die OPEC-Länder erneut um 437,4 Mio Franken oder 28,6 % auf fast zwei Mia Franken zugenommen. Bereits 1976 war für diese Länder eine Steigerung um 360,9 Mio Franken oder 30,9 % ausgewiesen worden. Indessen ist

zu berücksichtigen, dass die Bearbeitung eines Marktes desto aufwendiger und kostspieliger wird, je entfernter er von der Schweiz ist. Umso mehr sind die erzielten Erfolge als eindrücklicher Leistungsausweis für die Maschinen- und Metallindustrie zu bezeichnen; sie sprechen nicht nur für die Qualität der Produkte an sich, sondern auch für die Einsatzbereitschaft und das Können der Mitarbeiter. Ho.

Protektionismus – eine neue Gefahr?

Bei einer langfristigen Würdigung der Wirtschaftsgeschichte seit dem Zweiten Weltkrieg muss als ausserordentliche Leistung hervorgehoben werden, wie im Rahmen von internationalen Abkommen und Institutionen die Handelsschranken für den internationalen Warenverkehr abgebaut wurden. Besonders bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang die westeuropäische Integration: im Sommer 1977, wenig später als 20 Jahre nach der Unterzeichnung der Römer EWG-Verträge, konnte aufgrund der industriellen Freihandelsabkommen zwischen den «Rest»-EFTA-Staaten und der «erweiterten» EG ein ganz Westeuropa umfassender Binnenhandelsraum mit 16 Staaten und 300 Millionen Menschen geschaffen werden. Nicht zuletzt infolge der Freihandelsbestrebungen war uns eine lange Periode des Wirtschaftswachstums ohne grössere Beschäftigungsprobleme beschieden. Gewiss führte die Öffnung der Märkte zu Freisetzen von Mitarbeitern, insbesondere in Grenzbetrieben und strukturell betroffenen Branchen. Im allgemeinen liessen sich die Arbeitslosen jedoch wieder anderswo eingliedern.

Handelspolitische Folgen der weltwirtschaftlichen Krise

Seit dem Ausbruch der wirtschaftlichen Rezession 1973/74 haben sich die Verhältnisse drastisch verändert. Viele Industrieländer kämpfen wieder gegen das Problem der Unterbeschäftigung. Dies hat viele Staaten veranlasst, die heimische Industrie gegen die harte Konkurrenz auf dem Weltmarkt wenigstens teilweise zu schützen. Man bemüht sich zwar, das System des Freihandels hochleben zu lassen und die eigenen Liberalisierungsanstrengungen hervorzuheben, doch können die jüngsten Entwicklungen nicht über besorgniserweckende Tendenzen hinwegtäuschen. Faktisch geht es nicht um neue Handelsschutzmassnahmen, sondern vielmehr um die rasch wachsenden Versuche, den freien Güterverkehr durch zahllose, gegen die GATT-Grundsätze verstossenden Praktiken zu behindern. Gemäss Olivier Long, dem Generaldirektor des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT), der kürzlich vor der Zürcher Volkswirtschaftlichen Gesellschaft die Zukunft des Welthandels analysierte, betrifft der Protektionismus zwar gegenwärtig «nur» etwa 3 bis 5 % des Welthandelsvolumens. Da dieses sich aber der Marke von 1000 Mia Dollar nähert, ist klar, dass dennoch — in absoluten Zahlen — grosse Handelsströme betroffen sind. Die Analyse der Restriktionen zeigt, dass besonders arbeitsintensive Branchen tangiert sind: Textilien und Bekleidung (inklusive Schuhe), Stahl, Transportmittel (vor allem Schiffbau und Automobile), einzelne elektronische und mechanische Güter (Haushaltsgeräte, elektronisches Material und Kugellager).

Grosse Anstrengungen des GATT

Auch wenn es um das GATT in letzter Zeit wegen der schleppenden Verhandlungen über die Liberalisierung des Welthandels eher still wurde, ist und bleibt es der «beste Schiedsrichter» des Welthandels. Die seit 1973 andauernden Verhandlungen sind jetzt wieder in eine aktivere Phase getreten, doch ist weniger Freihandel zu erwarten, als ängstliche Protektionisten befürchteten. Zudem dürften die frühestens im Frühjahr 1978 zu erwartenden Ergebnisse noch lange Jahre brauchen, um konkrete Wirklichkeit zu werden. Denn die als «Tokio-Runde» bezeichnete gegenwärtige Verhandlungsphase hat sich viel ehrgeizigere Ziele gesetzt als die Kennedy-Runde von 1964/67. Diesmal geht es nicht nur um den Abbau von Zollschränken, sondern um weitere heikle Punkte: Abbau nichttarifarischer Handelshemmnisse, Einbezug der Landwirtschaft, Schutzklauseln, Probleme der Entwicklungsländer und vieles mehr. Und das alles zu einem Zeitpunkt, da der Protektionismus erneut aufflammt.

Die Schweiz: dem freien Güteraustausch verpflichtet

Der Ausfuhr von Waren- und Dienstleistungen hat die Schweiz rund 39 % ihres Bruttosozialproduktes zu verdanken. Aus dieser Sachlage leitet sich das Interesse an einem möglichst freien Güteraustausch im industriellen Sektor ab. Wie in anderen GATT-Staaten ist die Landwirtschaft davon ausgenommen. Nicht umsonst findet man die Vertreter unserer Behörden auf internationaler Ebene immer wieder in vorderster Front, wenn es um die Sicherung des liberalen Welthandels geht. Man denke an die Bemühungen im Schosse der OECD, in der die Schweiz aktiv an der Erneuerung des «Trade Pledge» mitgearbeitet hat. Dieses Abkommen lehnt sowohl Schutzzölle wie auch andere Massnahmen zur Abschirmung der einheimischen Industrie ab. Zudem hat die Schweiz im Verlauf dieses Jahres auch der von der OECD erarbeiteten Bestimmung hinsichtlich der staatlichen Begünstigung von Exportkrediten ihre Zustimmung gegeben. In bezug auf die Exportfinanzierung geht der Bund über die Schaffung von günstigen Rahmenbedingungen nicht hinaus.

Trotz einigen an sich positiven Resultaten im Kampf gegen den Protektionismus und für einen liberalen Güteraustausch muss man für die Zukunft wohl eher skeptisch bleiben. Die weltweite Wachstumsverflachung, der Kampf um die Absatzmärkte, das Nachlassen der Hochkonjunktur haben in allen Volkswirtschaften strukturelle Schwächen zutage gefördert, die sogar die Forderungen nach vermehrten Schutzmassnahmen in Amerika, dem Landes des orthodoxen Freihandels, wieder haben aufleben lassen. Y. S.

Arbeitsplatz-Entwicklung in der Textilindustrie

Zu Beginn der gegenwärtig stattfindenden ILO-Textilkonferenz in Genf wurde eine Schätzung europäischer Faserhersteller veröffentlicht, wonach sich bis 1985 in Europa die Zahl der Arbeitsplätze in der Textilindustrie um ein Drittel reduzieren werde. Die Arbeitgeber der

schweizerischen Textilindustrie weisen darauf hin, dass diese Schätzung Gesamteuropa betrifft, die schweizerische Textilindustrie hingegen für ihren Bereich mit einer positiven Entwicklung und für die nächsten Jahre mit einer Aufrechterhaltung der Arbeitsplätze rechnet. Entscheidend ist das technische, qualitative und vor allem führungs-mässige Niveau der Firmen. Wo einzelne Betriebseinstellungen erfolgen müssen, liegt der Grund in der Regel im unangepassten Management, nicht in den Zukunftsaussichten der Branche. Die Internationale Arbeitsorganisation stellt im einleitenden Bericht der Textilkonferenz fest, dass Textilproduktion und Textilverbrauch weltweit noch nie so hoch waren wie jetzt.

Dr. H. Rudin, VATI, 8008 Zürich

Die Grenzen des Sozialstaates

Gründliche Durchleuchtung vor weiteren Reformen

Die staatliche Sozialpolitik hat bei der Bekämpfung wirtschaftlicher und sozialer Not grosse Erfolge erzielt. Die soziale Sicherheit und der soziale Schutz sind längst zur Selbstverständlichkeit geworden. Die ursprüngliche Politik des Schutzes und der Sicherung des Unterhaltens hat sich immer mehr zu einer gesellschaftsgestaltenden Ausgleichspolitik gewandelt. Zugleich hat aber auch in der Schweiz die staatliche Sozialpolitik einen Umfang erreicht, der zu einer vermehrten Diskussion ihrer Aufgaben und zu einer Denkpause zwingt.

Der weitaus grösste Teil der gesamten staatlichen Aktivität dient der Produktion von Gütern und Dienstleistungen, welche von privaten Unternehmungen nicht angeboten werden, die aber vom Staate nicht nach dem reinen Prinzip von Leistung und gleichwertiger Gegenleistung finanziert werden. Nach dieser Auffassung geht die sozialstaatliche Tätigkeit weit über das Gebiet der Fürsorge und der Sozialversicherung hinaus. Es lässt sich zeigen, dass beispielsweise die Gesundheits- und Bildungspolitik und grosse Teile der Infrastrukturpolitik ähnliche Verteilungsabsichten und -wirkungen beinhalten wie die obligatorische Sozialversicherung. Somit enthalten auch diese Staatstätigkeiten mehr oder weniger starke Transfer Elemente und geraten in die Verwandtschaft der eigentlichen Sozialausgaben, welche reine Transferzahlungen darstellen.

Erhebliche «Sozialquote»

1975 machten die Bruttoeinnahmen der Sozialversicherung 25,5 Mia Franken aus, während sich die Bruttoeinnahmen von Bund, Kantonen und Gemeinden (ohne öffentliche Unternehmungen) auf rund 29 Mia Franken beliefen. Im gleichen Jahr betrugen die gesamten Transferzahlungen des Staates und der Sozialversicherung etwa 23 Mia Franken, verglichen mit rund 28 Mia Franken für den staatlichen Konsum und die Staatsinvestitionen. Je nach Definition werden heute zwischen 18 und 25 % des Nettozialproduktes für die soziale Sicherung und die Sozialpolitik im weitesten Sinne verwendet. Der Anteil des Transferhaushaltes am Sozialprodukt hat sich im Laufe der letzten 25 Jahre mehr als verdreifacht. Bereits anstehende sozialpolitische Begehren wie die berufliche

Vorsorge und die Neuregelung der Kranken- und Unfallversicherung würden den Anteil des Transferhaushaltes am Sozialprodukt nochmals kräftig erhöhen. Längerfristig wird dies jedoch auch schon der Fall sein, wenn bei schwachem Wirtschaftswachstum und tendenziell sinkender aktiver Bevölkerung nur die bisherigen Sozialleistungen aufrechterhalten werden sollen.

Angeichts der starken Expansion des Sozialstaates Schweiz weist die Expertengruppe «Wirtschaftslage» mit Nachdruck auf die zukünftigen Probleme im Bereiche der Sozialpolitik hin: «Der Umfang und die Bedeutung der Sozialpolitik sind bereits heute so gross, und für die Zukunft sind so schwerwiegende Probleme für die Sozialpolitik zu erwarten, dass ein Weiterausbau der sozialen Sicherung in den bisherigen Bahnen ohne eine gründliche Abklärung der volkswirtschaftlichen Probleme nicht verantwortet werden kann.» Im Hinblick auf den heute bereits erreichten Stand der sozialen Sicherung in der Schweiz sei die durch eine solche Abklärung in Kauf zu nehmende Verzögerung im sozialpolitischen Ausbau durchaus zu verkraften, besonders wenn dadurch schwerwiegende volkswirtschaftliche Probleme irreversibler Natur vermieden werden könnten. Eine klar definierte Forschungspolitik auf diesem Gebiete könnte die Grundlage für zukünftige Weichenstellungen und bedeutsame Entscheidungen liefern.

Klare Zielbestimmung unerlässlich

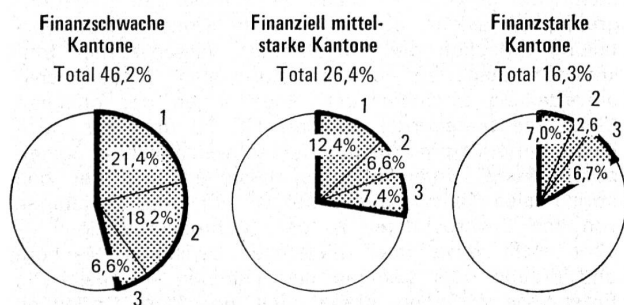
Sollen die Kosten und der Nutzen des Sozialstaates abgewogen werden, so drängt sich zunächst eine Definition seiner Ziele auf. Meist werden — neben anderen Zielen, wie etwa der sozialpolitischen Strukturhaltung — die Einkommenssicherung und die Einkommensumverteilung als allgemeine Ziele der Sozialpolitik genannt. Bei der Einkommenssicherung stellt sich unter anderem die Frage, wessen Einkommen gesichert werden soll, wie hoch es sein soll und ob nach dem Fürsorge-, dem Versicherungs- oder dem Versorgungsprinzip vorgegangen werden soll. Die Antwort, welche aufgrund der heute verfolgten Sozialpolitik gegeben werden kann, scheint der Expertengruppe wie folgt zu lauten: «Es soll das Einkommen jedes Bürgers in zunehmender Höhe und in zunehmendem Mass nach dem Versorgungsprinzip gesichert werden». Nach Meinung der Expertengruppe ist diese Antwort aber viel zu vage, und zudem werden die je nach Zieldefinition sehr unterschiedlichen gesamtwirtschaftlichen Kosten, welche die Sozialpolitik dadurch verursacht, dass sie auch Mittel für andere gesellschaftliche Ziele verwendet, nicht genügend berücksichtigt.

Beim Ziele der Einkommensverteilung — meist Solidaritätsprinzip genannt — bleibt es gemäss der Expertengruppe oft unklar, ob die vertikale Einkommensumverteilung zwischen den Angehörigen verschiedener Einkommenskategorien oder die horizontale Einkommensumverteilung zwischen den Angehörigen der gleichen Einkommenskategorien anvisiert ist. Da über die vertikalen Verteilungswirkungen der schweizerischen Sozialpolitik keine Untersuchungen bestehen und bei den horizontalen Umverteilungseffekten nur über diejenigen von den Erwerbstätigen zu den Nichterwerbstätigen — aber nicht etwa über diejenigen zwischen Männern und Frauen oder Ledigen und Familien — gesicherte Ergebnisse vorliegen, drängt sich eine klare Darlegung der Ziele unseres Sozialstaates, der damit verbundenen Kosten und dem erbrachten Nutzen geradezu auf. Denn die Kosten des Sozialstaates sind nicht identisch mit der Gesamtsumme der Transfers. Die volkswirt-

schaftlichen Kosten unseres Sozialstaates bestehen vielmehr in der Verminderung des Angebotes von Ressourcen, in der Fehlallokation von Ressourcen, im Effizienzverlust beim staatlichen Angebot von Gütern und Dienstleistungen und schliesslich besonders in der Fehlallokation von Ressourcen infolge der Nachfrageverfälschung durch intransparente Kostenverteilung. Bei der Frage nach den Grenzen des Sozialstaates geht es aber vor allem um ein optimales Verhältnis zwischen Kosten und Nutzen. Der Nutzen des Sozialstaates besteht in der Einkommenssicherung des Einzelnen. Zudem zählen dazu auch das Angebot an sozialstaatlichen Leistungen und die daraus resultierenden Produktivitätserhöhungen. Y. S.

Verstärkter Finanzausgleich über die Bundesausgaben

Die Einnahmen der Kantone aus Bundesquellen haben sich in den letzten fünfzehn Jahren mehr als verdreifacht; gleichzeitig ging damit eine Verstärkung des Finanzausgleichs einher. So bestreiten heute die finanzstarken Kantone 16,3 %, die finanziell mittelstarken 26,4 % und die finanzschwachen Kantone 46,2 % ihrer Gesamteinnahmen aus Bundesübertragungen. Die grösste Bedeutung kommt dabei den Subventionen zu, die 1976 rund 2,2 Mia Franken oder 46 % der Bundesleistungen an die Kantone ausmachten. Sie deckten beispielsweise im Fall der finanzschwachen Stände über einen Fünftel der Gesamteinnahmen. An zweiter Stelle stehen mit über 1,3 Mia Franken oder 28 % die Kantonsanteile an Bundessteuern, die zur Hauptsache von der Wehrsteuer stammen. Hier findet allerdings nur ein geringer Finanzausgleich statt. Dieser ist wieder von grösserer Bedeutung bei den Rückvergütungen des Bundes, die letztes Jahr auf gegen 1,3 Mia Franken oder 26 % der gesamten Kantonseinnahmen aus Bundesquellen zu stehen kamen. Dabei handelt es sich hauptsächlich um Aufwendungen für den Nationalstrassenbau. Insgesamt gingen 1976 den Kantonen auf diese drei Arten 4,8 Mia Franken zu, d. h. gut ein Viertel der gesamten Kantonseinnahmen.



Einnahmen der Kantone aus Bundesquellen (Prozentanteil der einzelnen Uebertragungsarten an den Gesamteinnahmen der Kantone 1976); 1 = Bundesbeiträge (Subventionen), 2 = Rückvergütungen des Bundes, 3 = Anteile an Bundessteuern.

Wirtschaftspolitik

Comitextil

Die Schweizerische Textilkammer ist von der diesjährigen ordentlichen Generalversammlung von Comitextil, die am 25. April in Brüssel stattfand, einmütig als assoziiertes Mitglied aufgenommen worden. Zwei Tage später referierte dessen Aussenhandelsdirektor C. Blum vor der Generalversammlung des Vereins schweizerischer Textilindustrieller (VSTI) in Bern über Probleme der europäischen Textilindustrie. Zu diesem Vortrag lud der VSTI die Firmen der gesamten schweizerischen Textil- und Bekleidungswirtschaft ein.

Was bedeutet Comitextil? Beim Comité de coordination des Industries Textiles de la Communauté handelt es sich gewissermassen um eine europäische Textilkammer, das heisst um den Zusammenschluss der nationalen Verbände der Textilindustrien der EG-Staaten als Vollmitglieder, derjenigen von EFTA-Ländern als assoziierte Mitglieder, und schliesslich gehören Comitextil, dessen Sitz sich in Brüssel befindet, 15 europäische Branchenverbände an. Die Geschäftsstelle wird von allen diesen Organisationen finanziert; die assoziierten Mitglieder entrichten geringere Beiträge, weil sie kein Stimmrecht haben.

Die Textilindustrien allein der EG-Länder beschäftigen zusammen mehr als zwei Millionen Arbeitnehmer. Ihr Jahresumsatz übersteigt den Betrag von 30 Milliarden Dollar. Comitextil kann somit wohl als repräsentative Organisation der westeuropäischen Textilindustrie angesprochen werden, deren Meinung bei den nationalen Regierungen und der EG-Kommission Gewicht hat. Am besten zeigte sich dies in den letztjährigen Verhandlungen zur Erneuerung des Multifaserabkommens. Comitextil arbeitet zurzeit ein langfristiges Entwicklungskonzept für die westeuropäische Textilindustrie aus.

Den Ausführungen, die C. Blum an der Generalversammlung des VSTI machte, und die eine lebhaft diskutierte Diskussion hervorriefen, seien die nachstehenden Passagen entnommen:

Die Textilindustrie der Industrieländer geht zurzeit durch die bedeutendste Krise nach dem Zweiten Weltkrieg. Im Jahre 1977 verlor sie allein in der EG erneut 60 000 Arbeitsplätze, der Produktionsrückgang betrug 2,6 %.

Als Gründe für die aktuelle Wirtschaftskrise im allgemeinen wird vielfach das kapitalistische System angeführt. Daher müsse eine neue internationale Wirtschaftsordnung entwickelt werden. Dies ist ein verführerischer, jedoch völlig wirklichkeitsfremder Gedanke.

Die gegenwärtige Krise ist nicht eine solche des Kapitalismus, sondern vielmehr die des staatlichen Interventionismus. Sind nicht diejenigen westlichen Staaten,